Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 5 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich Pfg., monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich Mk. ohne Zustellungsgebühr. Wir Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

Inseratenpreis Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit Teuerungszuschlag. Z. zurzeit gültig ist Preisliste Nr. 5. Tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil zur von Behörden festgesetzten Zeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend Mk., für die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtliche Platzvorschrift ½ Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Netto-Preise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längere Ziel, gerichtliche Beitreibung, gemeinsame Anzeigen verschl. Inseraten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Amtlicher Teil.

Versteigerung von Fahrzeugen, Geschirren und Reitzeugen aus Heeresbeständen in Riesa, Döbeln und Zeithain.

Gegen sofortige Bezahlung an den Meistbietenden werden öffentlich versteigert:

In Riesa, Artl.-Depot, Kirchbachstraße allwöchentlich Montags und Dienstags von vorm. 1/2 9 Uhr ab erstmalig am 28. 7. 1919

1 Posten gebr. Fahrzeuge, mil. und nicht mil. Art.
1 gr. Posten gebr. Geschirre, Geschirrteile und Stallsachen.
1 gr. Posten gebr. Sättel und Reitzeugteile.

In Döbeln, auf dem Kasernenhofe des Inf.-Regt. Nr. 139 allwöchentlich Freitags und Sonnabends von vorm. 1/2 9 Uhr ab erstmalig am 25. 7. 1919

1 gr. Posten gebr. Fahrzeuge, mil. Art.

In Zeithain, auf dem Truppenübungsplatz, d. h. Gelände der Bezirksverwaltung des A. D. allwöchentlich Mittwochs und Donnerstags von vorm. 1/2 9 Uhr ab erstmalig am 30. 7. 1919

1 großer Posten gebr. Fahrzeuge, mil. Art.

Kriegsanleihe wird vom Selbstzeichner zum Nennwerte an Zahlungsstatt angenommen (vergl. Bekanntmachung vom 20. 6. 1919, betr. Neuregelung des Verfahrens bei Annahme von Kriegsanleihe an Zahlungsstatt beim Kauf von Heeresgut — Sächs. Staatszeitung vom 21. Juni 1919). 2884 D M 2

Dresden, am 17. Juli 1919.

Reichsverwertungsamt, Landesstelle Sachsen.

Verkauf von Heeresgut beim Pionier-Batl. 22 in Riesa.

Im Auftrag des Reichsverwertungsamtes, Landesstelle Sachsen, sollen folgende beim Pionier-Batl. 22 in Riesa, Kirchbachstraße, aus Heeresbeständen stammenden Werkzeuge freihändig verkauft werden:

Spaten, Kreuzhacken, Aexte, Zimmermanns-, Schmiede-, Schlosser- und Schuhmacherwerkzeuge.

Besichtigung der Muster kann vormittags zwischen 9 bis 12 Uhr in der Lagerverwaltung Riesa, Pionierkaserne B, Zimmer 40, erfolgen. Angebote sind spätestens **bis 27. d. M.** an das Reichsverwertungsamt, Lagerverwaltung Riesa, Pionierkaserene B, Zimmer 40, einzureichen. Zuschlag erfolgt **bis spätestens 31. d. M.**

Bei Mehranforderungen wird eine prozentuale Verteilung vorbehalten.

Bevorzugt werden Kommunalverbände, wirtschaftliche Organisationen evtl. Verein Heimatdank für die Kriegsbeschädigten, landwirtschaftliche Genossenschaften. Wiederverkäufer sind ausgeschlossen.

Haftung für Mängel im Recht oder der Sache wird nicht übernommen.

Die erstandenen Waren sind innerhalb 8 Tagen nach erteiltem Zuschlag abzuholen, widrigenfalls anderweitig darüber verfügt wird.

Die Zahlung erfolgt nach den am 20.6.1919 bekanntgegebenen Bestimmungen des Reichsverwertungsamtes, Landesstelle Sachsen. (Siehe Sächs. Staatszeitung vom 21. Juni 1919.)

2885 D. M. 2 **Reichsverwertungsamt, Landesstelle Sachsen.**

Beschlagnahme von Gerste, Aufbringung von Hafer, Hülsenfrüchten und Buchweizen.

I. Gerste.

Auch im neuen Wirtschaftsjahre ist **außer dem Brotgetreide** (Weizen und Roggen) **die gesamte Gerste,** also auch die Wintergerste, allein oder mit anderen Bodenerzeugnissen gemengt, mit der Trennung vom Boden für den Kommunalverband **im vollen Umfange beschlagnahmt.** Die Bestimmung darüber, welche Mengen Gerste zur **Ernährung und zur Verfütterung** zurückbehalten werden dürfen, hat sich nach der Reichsgetreideordnung vom 18. Juni 1919 der Reichsernährungsminister vorbehalten. Solange dieser noch nicht Bestimmung getroffen hat, darf **Gerste nicht verarbeitet oder verfüttert werden.** Bisher hat der Reichsernährungsminister noch keine endgültige Entschießung über die Höhe der freizugebenden Gerstenmengen gefaßt.

II. Hafer usw.

Hafer, Hülsenfrüchte und Buchweizen sind im neuen Wirtschaftsjahre nicht beschlagnahmt. Die Aufbringung der zur Durchführung des Nährmittelprogramms erforderlichen Mengen Hafer usw. soll im Wege der sog. Landlieferung erfolgen. Zu diesem Zweck steht **der Reichsgetreidestelle das Recht zu, von dem Kommunalverband bzw. durch dessen Vermittelung von den Erzeugern die Lieferung bestimmter Mengen dieser Früchte zuverlangen.**

Verträge, durch die die Erzeuger sich zur Lieferung von Hafer, Hülsenfrüchten oder Buchweizen an Dritte verpflichtet haben, sind insoweit nichtig, als dadurch die Lieferung der von der Reichsgetreidestelle angeforderten Mengen unmöglich wird.

Verträge über Lieferung von Hafer aus der Ernte 1919 dürfen vor dem 16. August 1919 nicht abgeschlossen werden.

Erzeuger, die infolge der Abgabe von Hafer, Hülsenfrüchten oder Buchweizen an Dritte zur Lieferung der von der Reichsgetreidestelle angeforderten Mengen — nicht imstande sind, haben, unbeschadet ihrer Bestrafung nach §§ 80 und 81 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919 als Schadenersatz das **Doppelte des zur Zeit der Festsetzung** (Satz 2) **geltenden Marktpreises** oder, falls der von ihnen erzielte Verkaufspreis höher ist, diesen **an die Reichsgetreidestelle zu zahlen.** Die Höhe des hiernach zu zahlenden Betrags setzt die Amtshauptmannschaft fest. Gegen die Entscheidung ist Beschwerde zulässig, über welche die Kreishauptmannschaft endgültig entscheidet. Die Beitreibung erfolgt nach den Vorschriften über die Beitreibung öffentlicher Abgaben.

Meißen, am 22. Juli 1919. Nr. 1180 W.

4925 **Der Kommunalverband Meißen Stadt und Land.**

Wir werden versuchen, neue **holländische Kartoffeln** zu bestellen und ersuchen hiesige Einwohner, die hiervon beziehen wollen, die gewünschte Menge am 26. und 28. Juli bei Bräuer oder Humpisch oder Konsumverein in eine Liste einzutragen.

Der Preis dürfte etwa 25 Pfennige das Pfund betragen. 4926

Wilsdruff, am 23. Juli 1919. **Der Stadtrat—Kriegswirtschaftsabt**

Annahme des Friedensvertrages in England.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Tschechen halten 5000 deutsche Kriegsgefangene gewaltsam zurück und benutzen sie zu Schanzarbeiten.
* Das englische Unterhaus hat den Friedensvertrag einstimmig angenommen.
* Das seit dem 25. April in München bestehende Standrecht wird zum 1. August aufgehoben.
* Marschall Foch ist zum Ehrenbürger von London ernannt worden.
* In der türkischen Frage haben die Verbandsmächte der vollen staatsrechtlichen Auflösung der Türkei zugestimmt.
* Die deutschen Vertreter erklärten der Entente die Unmöglichkeit, Kohlen an diese zu liefern.
* Die Entente besteht vor wie nach auf der Durchführung des Kaiserprozesses.
* Der Nationalversammlung sind neue Gesetzentwürfe gegen die Kapitalflucht zugegangen.

Der Räteartikel.

In Weimar nähert man sich endlich dem Abschluß der zweiten Verfassungsberatung, und damit kam man in der Montagssitzung auch an die nachträglich eingeschobenen Bestimmungen, durch die das rasch berühmt gewordene Rätesystem in der neuen Verfassung des Deutschen Reiches „verankert" werden soll. Hier handelt es sich bekanntlich um die Einlösung des Versprechens, das in den Streiktagen der Berliner Metallarbeiter und Bankbeamten von der Reichsregierung und vom Reichspräsidenten gegeben worden ist.

In der Verfassung soll bestimmt werden, daß Arbeiter und Angestellte mit den Arbeitgebern an den Lohn- und Arbeitsbedingungen und der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitwirken, daß ihre Organisationen und ihre Vereinbarungen anerkannt, und daß sie durch Betriebsarbeiterräte, Bezirksarbeiterräte und einen Reichsarbeiterrat gesetzlich vertreten werden sollen. Diese Körperschaften sollen ihrerseits wiederum mit Wirtschaftsräten zusammenarbeiten, in denen die Unternehmer und sonst beteiligte Volkskreise ihre Vertretung erhalten. Grundlegende sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe sind im Reichswirtschaftsamt zur Begutachtung vorzulegen, wie er selbst auch solche Entwürfe beim Reichstage beantragen kann, an dessen Verhandlungen seine Vertreter insoweit teilnehmen dürften. Fast alle Parteien brachten zu diesem Artikel Abänderungsanträge ein. Die Demokraten im Interesse der Angestellten, die Deutschnationalen im Interesse der Ausdehnung dieses Rätegedankens auf alle Berufsstände, die Unabhängigen im Interesse der Politisierung des Rätesystems und seiner Übertragung von den privaten Betrieben auf die Verwaltungen von Reich, Staat und Gemeinden.

Um diese Anträge gruppierte sich die Debatte. Der konservative Redner, Abg. v. Delbrück, bekannte ausdrücklich, daß die Tendenz des Rätegedankens auch bei seinen Freunden insofern Anklang gefunden habe, als von ihr ein Gegengewicht gegen eine Überspannung des Parlamentarismus in der Richtung der Schaffung einer berufsständigen Kammer erwartet werden könne, in der das gesamte schaffende Volk vertreten sein würde. Das dritte Parlament, das mit dem Reichswirtschaftsamt in unserer Verfassung eingeführt würde, müßte das natürliche Bestreben haben, seine Zuständigkeit zu erweitern, und werde so in einen Kampf gegen Reichstag und Reichsrat hineingelangen, in den er eines schönen Tages als Erbe an die Stelle des Reichsrates treten werde. Von demokratischer Seite wurde mit Nachdruck betont, daß man es ablehne, diesen Räten irgendwie geartete politische Rechte zu geben. Die Unabhängigen waren offen genug einzugestehen, daß die hier gemachten Zugeständnisse keine Beruhigung schaffen würden. Durch das Rätesystem werde nur der Anfang mit der Gleichberechtigung der Arbeiter gemacht. Das weitere werde schon folgen. Sachlich von Belang war der Versuch der Demokraten, den großen Scharen der Angestellten zu einer gesonderten Vertretung in den Betrieben gegenüber den noch größeren Massen der Arbeiter zu verhelfen. Natürlich nicht etwa, weil sie die Angestellten für etwas besseres halten als die Arbeiter, sondern weil die Angestellten in zahlreichen Fragen den natürlichen Wunsch haben müßten, bei ihrer Lösung unter sich zu bleiben. Der Reichsarbeitsminister ist der Meinung, daß den Verhältnissen dadurch am besten Rechnung zu tragen sei, daß man Angestellte und Arbeiter zur Zusammenarbeit bringe, ihnen aber die Möglichkeit lasse, etwa wie die Fraktionen der Nationalversammlung, vorher gesondert zu jeder Einzelfrage Stellung zu nehmen. Eine Majorisierung, sagte er, „dürfte" ausgeschlossen sein. Ein Trost, der in Angestelltenkreisen schwerlich verfangen wird, trotz der weiteren Versicherung des Ministers, daß die Wahlen zu den Betriebsräten von beiden Teilen in besonderen Wahlkörpern vorgenommen

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

werden sollen. Denn selbstverständlich werden die Vertreter der Angestellten gegenüber denjenigen der Arbeiter immer in der Minderheit sein. Ob sie sich bei dieser Lage der Dinge vor der Gefahr der Majorisierung so sicher fühlen können, wie der Minister anzunehmen scheint, ist doch noch sehr die Frage. Der Vertreter der demokratischen Partei konnte sich schließlich nicht enthalten, von einer „Karikatur der Gesetzgebung" zu sprechen — aber es sieht ganz so aus, als sollte auch in diesem Falle der Wille von Sozialdemokratie und Zentrum Gesetz werden, womit die Praxis des täglichen Lebens sich dann bis auf weiteres abzufinden haben wird.

Nach dieser „Verankerung" wird dann aber erst das eigentliche Gesetz über die Betriebsräte an die Nationalversammlung gelangen. Dann erst wird über diese Dinge noch des näheren zu reden sein.

Die Entente besteht auf dem Kaiserprozeß.

Der Friedensvertrag soll durchgeführt werden.

London, 22. Juli.

Die Entente ist, wie von zuständiger Seite erklärt wird, der Ansicht, daß sie den Prozeß gegen Wilhelm II. nicht fallen lassen kann, weil er für die Alliierten einen Bestandteil des Friedensvertrages bildet, den sie unterzeichnet haben, und zu dessen Durchführung sie verpflichtet sind. Es ist deshalb nutzlos, darüber zu debattieren, ob es richtig oder falsch war, diese Bedingung in den Vertrag aufzunehmen. Es wird von Tag zu Tag wahrscheinlicher, daß der Prozeß nicht in London stattfinden wird, und man hofft, daß die Opposition zum großen Teil verhindert wird, sobald dieser Beschluß mitgeteilt wird. Holland wird nicht ersucht werden, den Kaiser auszuliefern, sondern die Alliierten werden die holländische Regierung um seine Übergabe bitten. Sie sind der Ansicht, daß Holland dann seine Bedenken gegen die Auslieferung fallen lassen wird.

Ein neuer Schlag gegen die Kapitalflucht.

Vermittlerrolle der Banken.

Berlin, 22. Juli. (Amtlich.)

Die Devisenordnung wird, wie schon angekündigt, aufgehoben. Um aber zu verhindern, daß nunmehr infolge völliger Freigabe des Zahlungsverkehrs mit dem Auslande der Kapitalabwanderung und Steuerflucht Tor und Tür geöffnet werden, wird vom Reichsfinanzministerium ein Gesetzentwurf über ergänzende Maßnahmen zur Verhütung der Kapitalabwanderung der Nationalversammlung zugehen.

Der Gesetzentwurf stellt sich drei Aufgaben: Er will der Abwanderung deutschen und ausländischen Geldes vorbeugen, er will den Erwerb ausländischen Wertpapiers verhindern und er will schließlich die Kreditgewährung an das Ausland regeln. Der Kapitalflucht durch die Geldabwanderung wird dadurch entgegengetreten, daß die Verwendung von in- und ausländischen Zahlungsmitteln im Ausland nur durch die Vermittlung von Banken, Bankiers und Sparkassen vor sich gehen darf. Die diese Vermittlerrolle übernehmenden Banken müssen vor Ausführung der Überweisung von dem Auftraggeber eine Erklärung in dreifacher Ausfertigung einfordern, die den Gegenstand des Geschäfts, die Bezeichnung der Zahlungsmittel, Währung und Betrag, die genaue Angabe des Empfängers und den Zweck des ganzen Geschäfts enthält.

Reichseisenbahnen und Reichswasserstraßen.

Dr. Bell — Reichsverkehrsminister.

Weimar, 22. Juli.

Durch Verfügung des Reichspräsidenten wurde der Reichsminister Bell mit der Leitung der Vorarbeiten für die **Überführung der Staatseisenbahnen auf das Reich** und mit der Bildung des Reichsverkehrsministeriums betraut. Der Zweck der Bildung des Ministeriums ist die Zentralisierung des Verkehrs, außerdem die Liquidierung der Elsaß-Lothringischen Eisenbahnen und die Überleitung der Eisenbahnen und **Wasserstraßen** auf das Reich. Dazu treten die Aufgaben auf dem Gebiete des **Luft- und Kraftwagenverkehrs.**

Die Unmöglichkeit von Kohlenlieferungen.

Gefährdung unseres Wirtschaftslebens.

Versailles, 22. Juli.

Hier fand eine erste Besprechung zwischen den Vertretern der alliierten und assoziierten Regierungen und Vertretern der Deutschen Regierung und deutschen Sachverständigen über die Kohlenlieferungen statt, die Deutschland gemäß Artikel 236 des Friedensvertrages an die Entente zu leisten hat. Die deutschen Delegierten legten die gegenwärtige Kohlenlage Deutschlands dar, aus der sich ergibt, daß die Abgabe von Kohlen an die Entente unter den gegenwärtigen Verhältnissen die schwerste Gefährdung, ja unter Umständen den alsbaldigen Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens nach sich ziehen muß. Die alliierten und assoziierten Regierungen verlangten die Vorlage eines Planes über die Deutschland vom September ab etwa möglichen Lieferungen.

Annahme des Friedensvertrages in England.

Einstimmig!

London, 22. Juli.

Im Unterhause führte Clynes als Vertreter der Arbeiterpartei aus, daß das Haus den Friedensvertrag nicht zu schnell ratifizieren dürfe, da er gewisse Mängel zeige. Diese dürften gegenüber den großen Vorteilen, die der Vertrag enthalte, nicht übersehen werden. Weiter sagte er, daß die Welt eine große Erleichterung durch den Sieg der alliierten Armeen über den Militarismus fühle, der die Ursache des Krieges gewesen sei. Er forderte zum Schluß zum internationalen Zusammenwirken. Verschiedene Redner erklärten sich einmütig für ein gerichtliches Verfahren gegen den Exkaiser, obwohl man sich nicht über den Ort des Gerichtssitzes einigen konnte. Bottomley brachte einen Zusatzantrag zu der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes zur Ratifizierung des Friedensvertrages ein, worin konstatiert wird, daß der Friedensvertrag Deutschland keine bindenden Verpflichtungen auferlege, Großbritannien vollständige Entschädigung für die finanziellen Opfer des Krieges zu geben. Lloyd George erklärte auf die Reden aus dem Hause, daß England eine bedeutende Entschädigung verlangt habe, wenn es auch nicht möglich gewesen sei, alle Kosten vergütet zu bekommen. Es war unmöglich, sagte er, einen Betrag für die Wiederherstellung der erlittenen Schäden festzustellen, da diese Schäden damals noch nicht völlig bekannt waren. Lloyd George verteidigte weiter die territorialen Änderungen und die militärischen Maßregeln bezüglich Deutschlands. Was die vor Gerichtstellung des Exkaisers angehe, so sagte er, daß niemand behaupten könne, daß der Mann, welcher für das furchtbare Morden verantwortlich sei, nicht bestraft werden dürfe. (Beifall.) Er fragte, mit welchem Rechte England von einem neutralen Lande fordern könne, den Exkaiser zum Zwecke einer gerichtlichen Aburteilung auszuliefern. Die Neutralen wären nicht in der Friedenskonferenz vertreten gewesen, und der Exkaiser könne überhaupt nicht vor Gericht gezogen werden, wenn die Frage den Neutralen überlassen werde. — Nachdem die Resolution von Bottomley verworfen war, nahm das Unterhaus das Gesetz zur Ratifizierung des Friedensvertrages in zweiter Lesung einstimmig an.

Helfferich gegen Erzberger.

Schwere Vorwürfe gegen den Reichsfinanzminister.

Der Staatssekretär a. D. Helfferich, der seinen Nachfolger Erzberger schon seit längerer Zeit bekämpft, unternimmt jetzt erneut einen öffentlichen Vorstoß gegen Erzberger, der von einer geradezu außergewöhnlichen Schärfe ist und, wie Helfferich selbst betont, dazu dienen soll, daß Erzberger gegen ihn klagbar wird. In einem langen, in der Kreuzzeitung erschienenen Artikel macht Helfferich seinem Gegner den mehrfachen Vorwurf der Unwahrhaftigkeit und der politischen Korruption zugunsten des eigenen Geldverdienstes. Darin wird darauf hingewiesen, daß Erzberger über Fragen der Kriegspolitik und Kriegswirtschaft ganz anders urteilte zu der Zeit, in der „er durch seine Zugehörigkeit zum Thyssen-Konzern (als Mitglied des Grubenvorstandes der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser" usw.) schwerindustriell interessiert war," als im Sommer 1917, wo er „aus seinen Stellungen im Thyssen-Konzern mehr oder minder freiwillig ausgeschieden war."

Ferner bezeichnet Helfferich als eine „unanfechtbare und bezeichnende Tatsache" folgendes:

„Wenn ein Politiker es zuwege bringt, als Schiedsrichter in Prozessen zwischen dem Reichsfiskus und einer privaten Gesellschaft zugunsten der Gesellschaft zu entscheiden, die letzte Entscheidung zugunsten der Gesellschaft am 24. Mai zu unterschreiben und sich am darauffolgenden 14. Juni, also drei Wochen später, in den mit stattlichen Tantiemen dotierten Aufsichtsrat dieser selben Gesellschaft wählen zu lassen, so ist vom Standpunkte der geschäftlichen und politischen Wohlanständigkeit dieser Mann für mich erledigt. Ich würde einen solchen Mann nicht einen Tag als Prokuristen in meinem Geschäft behalten. Ich würde ihm jedenfalls niemals auch nur den kleinsten Vertrauensauftrag in die Hand geben. Ich frage erneut: Soll das Deutsche Reich und das deutsche Volk an dem Krebsschaden Erzberger zugrunde gehen?"

Zum Schluß seiner Ausführungen richtet Helfferich an Erzberger die Frage: „Wann klagen Sie endlich?" Die dem Reichsfinanzminister gemachten Vorwürfe sind derart schwerwiegender Art, daß er nicht wird daran vorbeigehen können, die Öffentlichkeit sich also noch weiterhin damit wird beschäftigen müssen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ **Vergewaltigung deutscher Kriegsgefangener durch die Tschechen.** Von der Reichsregierung ist die Entente durch eine Note darauf hingewiesen worden, daß nach aus Budapest eingetroffenen Mitteilungen etwa 4000 bis 5000 aus Rußland über Kassa (Rumänien) zurückkehrende deutsche Kriegsgefangene von den tschecho-slowakischen Militärbehörden seit einigen Wochen in Kassa festgehalten und zwangsweise zu Schanz- und anderen militärischen Arbeiten an der tschecho-slowakischen Front verwendet werden. Die Behandlung dieser in Arbeiterkompagnien eingeteilten Deutschen soll sehr schlecht, die Verpflegung gänzlich unzureichend sein.

✦ **Flucht des Prinzen Max von Baden.** Prinz Max von Baden, der sich zuletzt in Salem am Bodensee aufhielt, ist dieser Tage mit seiner Familie in einem Motorboot nach der Schweiz geflüchtet und auf dem Schweizer Ufer in Bottighofen gelandet. Der Grund dafür wird darin erblickt, daß die Kommunisten einen Gewaltanschlag auf den Prinzen vorbereitet hatten.

Deutsche Nationalversammlung.

(83. Sitzung.) CB. **Weimar, 22. Juli.**

Die zweite Beratung des Verfassungsentwurfs wird mit dem Artikel 18 (territoriale Gliederung des Reiches) fortgesetzt, zu dem der Kompromißantrag Loebe (Soz.), Trimborn (Z.) und Helle (Dem.) vorliegt. Nach diesem Antrag bedürfen

Gebietsänderungen oder Neubildungen von Ländern

innerhalb des Reiches der Zustimmung der beteiligten Länder mit der Bestätigung durch Reichsgesetz. Stimmen die Länder nicht zu, so kann eine Neubildung durch Reichsgesetz erfolgen, wenn die Bevölkerung sie will und ein überwiegendes Allgemeininteresse sie erheischt. Die Abstimmung der Bevölkerung erfolgt, wenn ein Drittel der Wahlberechtigten des abzutrennenden Gebietes es verlangt. Zum Beschluß einer Gebietsänderung sind mindestens drei Fünftel der Stimmen aller Wahlberechtigten erforderlich. Bei Abtrennung von Bezirksteilen ist der Volkswille des ganzen Bezirks festzustellen. Ein Streit über die Vermögensauseinandersetzung wird durch den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich entschieden. Der Kompromißantrag will ferner in die Übergangsbestimmungen einen neuen Artikel 164a aufnehmen, wonach die Bestimmungen des Artikels 18, die für den Fall gelten, daß die Länder nicht zustimmen, erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung in Kraft treten. Durch den Kompromißantrag sind die meisten zur Ausschußfassung gestellten Anträge hinfällig geworden.

In Verbindung mit Artikel 18 werden die Artikel 62 und 64 (Stimmrecht und Vertretung der Länder im Reichsrat) beraten. Nach Artikel 62 hat im Reichsrat jedes Land mindestens eine Stimme, bei den größeren Ländern entfällt auf eine Million Einwohner eine Stimme. Kein Land darf durch mehr als zwei Fünftel aller Stimmen vertreten sein. Deutschösterreich erhält nach seinem Anschluß Sitz und Stimme im Reichsrat. Nach Artikel 64 werden die Länder im Reichsrat durch Mitglieder ihrer Regierung vertreten. Es liegen einige Abänderungsanträge vor.

Für den Kompromißantrag sprechen sich im Namen ihrer Parteien der Sozialdemokrat Abg. **Sollmann**, der Zentrumsabgeordnete **Kaas** und der Demokrat Abg. **Falk** aus.

Abg. Dr. **Philipp** (Deutsch-nat.) ist nicht befriedigt von dem Artikel 18, der eine

Das Mädchen von Athen.

Roman von William Black.

Genehmigte Uebertragung aus dem Englischen.

4. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Gerade Frühstückszeit!" rief er. „Kommen Sie, bitte herein; Tante Joan duldet in Grantly kein Hungerleiden und Ohnmachtsanfälle."

Die Speisehalle war nur ein langer, niedriger Raum mit eichener Wandtäfelung und fünf oder sechs einfachen Fenstern; aber die Wände schmückten interessante Familiengemälde, von denen die Männer, ihrer Uniform nach, meistens Generale oder Admirale gewesen sein mußten, und der Frühstückstisch war ganz wunderhübsch mit einer Unmenge von Blumen geschmückt.

Vielleicht hörte Joan Gordon, die oben an der Tafel saß, dem alten Botaniker zu, wie er ihr von seinen mannigfachen Erlebnissen in den wilderen Teilen von Schottland erzählte, vielleicht gab sie sich aber auch nur den Anschein, — auf alle Fälle sah sie, daß ihr Neffe dieser jungen Griechin mit dem anmutigen Wesen höchst eifrig den Hof machte. Und Miß Joan wunderte sich um so mehr darüber, als sie wußte, daß der junge Mann das sonst durchaus nicht zu tun pflegte. Sie kannte ihn so gut, sie hatte ihn oft beobachtet und wußte aus seinen Erzählungen von Oxford, daß ihm die Frauenzimmer auch auf der Hochschule nicht gefährlich geworden waren. Er interessierte sich eigentlich nur für Sport und gymnastische Uebungen; und wenn er die nicht haben konnte, dann tröstete er sich lieber mit einer Pfeife und einem gemütlichen Spaziergang, als daß er die Gesellschaft junger Mädchen aufsuchte.

Aber nun — aber nun! Joan Gordon erfahrene Blicke sahen viel. Da gab es durchaus keine Gefühlsergüsse auf seiten des jungen Mannes, das lag nicht in seiner Natur, aber daß ihr Neffe hier und da in Versuchung kam, seinem knabenhaften Uebermut die Zügel schießen zu lassen, und daß er sich immer wieder zusammennahm, das sah sie wohl. Diese junge Griechin imponierte ihm offenbar. Sie hatte etwas Hohes und Reines in ihrem Wesen, trotz ihrer freundlichen Blicke, und so war ihm fast zu Mute wie einem Schuljungen, der die Ehre hat, einer erwachsenen jungen Dame sich gefällig erzeigen zu dürfen. Wenn sie ihm ihre wundervollen Augen zuwandte, hätte er vor Verwirrung am liebsten zu Boden geschaut. Joan Gordon machte sich darüber Gedanken.

Nach dem Frühstück wollte er seine Gäste durch die Halle führen und ihnen die alten Rüstungen und Hirschgeweihe zeigen; und manches Interessante wußte er ihnen davon zu erzählen, auch wohl einmal ein lustiges Geschichtchen von diesem oder jenem der berühmteren Ahnen. Und so wanderten sie in der dämmerigen, gepflasterten, dumpftönenden Halle umher, besahen und prüften Dolche, Schilde und alte Pulverhörner, gaben sich Mühe, aus verblichenen Stickereien rätselhafte Gestalten zu erkennen und erzählten sich von Land und Leuten.

Aber allmählich wurde der alte Botaniker zerstreut. Briseis merkte es ihm an, daß er mit seinen Gedanken bei der Nachmittagspost war und den Briefen, die sie ihm vom Süden bringen sollte; auch wußten sie, daß der junge Gordon noch mit dem Nachtzug nach London reisen wollte.

Und so empfahlen sie sich mit herzlichem Dank und guten Wünschen bei ihren Wirten, die noch nichts von Abschied hören wollten. Der Wagen fuhr vor — Frank Gordno und seine Tante standen oben auf den Stufen und sahen den Gästen nach, wie sie davonfuhren, bis eine Biegung des Weges sie ihren Blicken entzog.

Dann wandte sich der junge Mann um.

„Nun, Tante? Was sagst du nun?" Es klang fast wie ein Jubel aus seiner Stimme.

Aber Tante Joan antwortete nicht gleich. Sie sah ihn einen Augenblick prüfend an.

„Ich habe manchmal bei mir gedacht, Frank, welche Art Frau dir wohl gefallen würde, und ich bin glücklich, daß es diese Art ist."

Die Freude blitzte ihm aus den Augen; doch dann sagte er fast vorwurfsvoll: „Na, Tante, du sprichst gerade, als ob es eine Unmenge solcher Frauen gäbe! Sage mir mal offen und ehrlich, hast du jemals in deinem Leben ein Mädchen oder eine Frau gesehen, die auch nur halb so schön und beazubernd und so liebenswürdig war?"

Tante Joan lächelte. „Lieber Junge, ich sage ganz und gar nichts gegen sie, im Gegenteil, ich stehe ganz auf deiner Seite. Und es ist ein eigentümliches Mädchen," sagte sie nachdenklich. „Wie sie sich so allerliebst dafür entschuldigt, daß sie sich so wenig nützlich mache und sich doch so ganz glücklich fühle. Nun ich habe während der ganzen Zeit gedacht, daß es unzählige Frauen auf der Welt gibt, die sich nie irgendwie nützlich machen und uns doch nicht durch ihren bloßen Anblick Freude und Befriedigung gewähren."

Tante Joan schwieg ein paar Augenblicke. „Und noch eines möchte ich dir sagen, Frank, mein lieber Junge. Wenn du jemals daran denken solltest, diesem alten Hause eine Herrin zu geben, werde ich dir nicht im Wege sein, dir nicht und ihr nicht. Ich brauche nur schnell meine paar Sachen zu packen und nach Edinburgh abzudampfen; da wohnen Carmichaels Ramsays, wo sich schon ein Winkelchen für mich finden wird."

Bei diesen Worten überzog eine helle Röte sein hübsches Gesicht, und in seiner Verlegenheit konnte er kaum Worte finden.

„Tante Joan, aber — was — was denkst du denn eigentlich? Wie kannst du meinen, daß ich mir gleich so etwas in den Kopf setzte? Eine ganz Fremde wie sie — ich dachte mir wohl, daß du dich für sie interessieren würdest — ja, das dachte ich allerdings, aber wie kannst du nur denken, daß ich gleich —"

„Nun, ich weiß nicht, ich weiß nicht," antwortete Fräulein Joan vorsichtig. „Soviel wie ich davon verstehe, wäre es auch gar keine Torheit, denn du hast es nicht nötig, nach Geld zu heiraten, Frank; und die Elliots von der Lea sind eine ebenso alte Familie wie die Gordons von Grantly. Du brauchst es mich nur wissen zu lassen."

„Ganz gewiß," sagte er und legte seine Hand auf ihren Arm, um sie wieder ins Haus zu führen. „Aber was sollte wohl aus Grantly ohne Tante Joan werden?"

Sie streichelte die Hand, die auf ihrem Arme lag, denn sie liebte ihren Neffen herzlich und war auch stolz auf ihn, obgleich er bis dahin noch nicht viel geleistet hatte.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF

Zertrümmerung Preußens

in greifbare Nähe rücke. Die rheinische Republik bestand zuerst nur in den Köpfen einiger Phantasten. Jetzt greift sie hinüber bis zum Oberrhein und bis zur Nordsee. Bis zuletzt werden wir den preußischen Staat als ein Ganzes verteidigen.

Preußischer Minister **Heine:** Das Preußen, das wir aufbauen wollen, ist nicht das alte Preußen, und wenn wir Preußen stark erhalten wollen, so tun wir es, um es stark und kräftig zu machen für die Aufgaben des Reiches. Ein Unitarismus, der damit anfangen wollte, daß er zunächst mal die bestehenden Kräfte der Einheit zerstückelt, wäre vollkommen gedankenlos, und auf dem Wege würde es nicht vorwärts gehen, sondern rückwärts. Preußen ist nicht abgeneigt, im Interesse der Vereinheitlichung auch preußische Gebietsteile herzugeben, und es verhandelt über solche Absichten bereits mit dem Freistaat Hamburg und mit den thüringischen Staaten. Aber es ist selbstverständlich, daß auch dann die Staaten, denen wir mit Gebietsabtretungen helfen, dem Wunsche nach Vereinheitlichung der Verwaltung Rechnung tragen. Aber so etwas macht man nicht vom grünen Tisch aus, sondern von unten her, aus den Bedürfnissen, die aus den einzelnen Ländern und Gebieten von selbst herauswachsen. Deshalb ist Artikel 18 meiner Meinung nach gar nicht von der übergroßen Wichtigkeit, die man ihm beigemessen hat. Deshalb hat auch die preußische Regierung besonderen Wert darauf gelegt, daß durch den Artikel 164a eine gewisse Sperrfrist eingeführt wird. Der Minister spricht die Hoffnung aus, daß der Artikel 18 in seiner jetzigen Fassung den Bedürfnissen entspricht, die sowohl bezüglich der freien Weiterentwicklung der bestehenden Organisationen, wie auch der Sicherung und Benutzung dessen, was schon vorhanden ist, bestehen. (Beifall.)

Nach weiterer Debatte wird nach Annahme einiger geringfügiger Änderungen der Kompromißantrag Loebe-Trimborn-Heile zu Artikel 18 in namentlicher Abstimmung mit 169 gegen 71 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen angenommen.

Ebenso angenommen werden die Artikel 52, 64, 162 (Mütearikel) in der Ausschußfassung mit geringen Abänderungen. Die namentliche Abstimmung über den Antrag Auer (Soz.), der die Aufhebung der Privaten Regale und Mutungsrechte verlangt, ergibt die Annahme des Antrages mit 132 gegen 118 Stimmen. Die Sitzung wird vertagt und es soll eine Abendsitzung folgen.

Deutsch-demokratischer Parteitag.

Naumann über demokratische Kulturpolitik.

Berlin, 22. Juli.

Auf dem Parteitag der Deutschdemokraten, der heute zu Ende geht, hielt der Abgeordnete Naumann einen vielbeachteten Vortrag über demokratische Kulturpolitik. Einen breiten Raum nahm das Schulkompromiß in seinen Ausführungen ein, über das Naumann zu folgendem Schluß kommt:

„Der ganze Grundgedanke des sozialdemokratischen Gedankenausbaus sträubt sich gegen das Schulkompromiß, das angeblich im Namen der Freiheit vereinbart ist. In aller Not der heutigen Zeit ist es für viele evangelische Christen etwas Tröstliches, daß wir die Religion frei bekommen von Volkstätigkeit, daß es keine privilegierte Kirche mehr gibt. Es gibt keinen königlichen Superintendenten, keinen königlichen Oberkirchenrat mehr, die Kirche führt ihre Angelegenheiten selbständig. Das bedeutet für die evangelische Kirche unglaublich viel, wenn die liberalen und sozialdemokratischen Kreise, die etwas von Religion halten, sich auch wirklich um die Kirche kümmern. Eine Verbindung, die seit Jahrhunderten zwischen Staat und Kirche bestand, kann man nicht durch einen Beschluß an einem Tage lösen. Die Kirche, die bisher vom Staat geschützt und mit ernährt wurde, muß erst eine Periode haben, um ihre eigenen Organe entwickeln zu können, dann kann sie möglicherweise ohne Staatshilfe existieren. Es gibt keine Vorzugskirche mehr, keine Staatsstelle mehr, in die einer hineinkommt, weil er eine gewisse Konfession hat. Das geht den Staat gar nichts an. Der Staat hat es mit den Bürgern zu tun. In die Deutsche demokratische Partei rufen wir alle die zusammen, die mit uns ein Staatsbekenntnis, mit uns ein demokratisches Freiheitsbekenntnis, ein soziales Arbeitsbekenntnis haben, mit denen machen wir Kultur."

Im übrigen billigte der Parteitag die Haltung der Fraktion in der Friedensfrage und ihren Austritt aus der Regierung und sprach der Fraktion sein Vertrauen aus.

Neueste Meldungen.

Betriebseinschränkungen der Großindustrie.

Berlin. Die traurigen Folgen des Kohlenmangels machen sich bereits bemerkbar. Die große Aktiengesellschaft von Julius Pintsch ist gezwungen, den Betrieb wegen Kohlenmangels und Blechmangels einzuschränken. Einzelne Abteilungen wurden schon stillgelegt. Bei den Firmen Borsig und Schwartzkopff liegen die Verhältnisse ähnlich. Hier sind es wieder Arbeiterschwierigkeiten, die den Betrieb bedrohen. Unter diesen Umständen liegt die so hochwichtige Lokomotivenerzeugung ganz im argen. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß es zu einer Kündigung aller Arbeiter kommt.

Fabelhafte Kriegsgewinne.

Weimar. Nach einer kleinen Anfrage des Abgeordneten Schneider (Sachsen) in der Nationalversammlung wird behauptet, daß die Kriegsleder-A.-G. für jeden Geschäftsanteil von 5000 Mark einen Reingewinn von 182 000 Mark für das Jahr 1918 ausgezahlt habe. Das entspricht einer Dividende von 2800 Prozent.

Der Wahnsinn der Völkerverbrüderung.

Brüssel. Weder in Belgien, Frankreich noch England ist am 21. Juli gestreikt oder demonstriert worden. Die belgischen sozialistischen Blätter erklärten vielmehr noch tags zuvor, es liege für sie gar keine Veranlassung vor, nach dem siegreichen Krieg den Wahnsinn einer Völkerverbrüderung mitzumachen.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes".

Umtausch des Papiergeldes durch Gutscheine.

Weimar, 23. Juli. (tu.) Zu neuen Feststellungen der vorhandenen Vermögen, die zur restlosen Erfassung der Steuer notwendig sind, hat sich das Reichsministerium entschlossen, folgende Maßregeln in die Wege zu leiten: In nächster Zeit wird alles vorhandene Papiergeld eingezogen und durch Gutscheine (Zwischenscheine) ersetzt, die wieder gegen das neue Papiergeld eingetauscht werden. Ferner werden sämtliche Wertpapiere einer Abstempelung unterzogen und sodann unter Kontrolle gebracht. Alle nicht abgestempelten Wertpapiere und das Papiergeld verlieren ihren Wert.

Erneutes Gesuch der deutschen Regierung um Heimbeförderung der Kriegsgefangenen.

Versailles, 23. Juli. (tu.) Die deutsche Regierung hat gestern Ministerpräsident Clemenceau erneut um baldige Mitteilung über Zusammensetzung und Zeitpunkt des Zusammentritts der Kommission zur Heimbeförderung der Kriegsgefangenen ersucht und dabei darauf hingewiesen, daß Herr Clemenceau bereits am 26. Mai d. J. versprochen habe, die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte würden mit größter Bereitwilligkeit eine Kommission zu diesem Zwecke einsetzen, sobald der Friede unterzeichnet ist. Der Friede sei unterzeichnet und bereits von Deutschland ratifiziert, aber noch immer warte die deutsche Regierung vergeblich auf die Bildung der erwähnten Kommission.

Festsetzung der Arbeitsbedingungen für die deutschen Arbeiter in Frankreich.

Genf, 23. Juli. (tu.) Petit Parisien berichtet aus Versailles. Ein deutscher Ausschuß unter dem Vorsitz von Lersner hat mit dem französischen Ausschuß die Arbeitsbedingungen für die 500 000 Arbeiter festgesetzt, die die Berliner Regierung nächstens zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete schicken soll.

Besprechungen preußischer Minister.

Berlin, 23. Juli. (tu.) Die preußischen Minister, an der Spitze der Ministerpräsident, fuhren gestern mit Vertretern aller Ressorts nach Düsseldorf, um in der Angelegenheit der rheinischen Republik Besprechungen an Ort und Stelle vorzunehmen.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, 22. Juli 1919.

— **Die sächsische Staatsbahn beschlagnahmt Kohlen.** Die sächsische Eisenbahnverwaltung hat bei den Werken des Zwickauer Steinkohlenreviers bis auf weiteres sämtliche großen Kohlensorten für ihre Zwecke beschlagnahmt, um die Vorräte an Lokomotivkohlen etwas aufzufrischen und damit den Bahnverkehr mehr als bisher zu sichern. Die Beschlagnahme trifft besonders die Industrie, die bisher schon schwer unter dem Kohlenmangel leidet. Zweifellos ist die Maßnahme der Staatsbahnverwaltung eine Folge des letzten Kohlenarbeiterstreiks im Lugau-Oelsnitzer Revier, das bisher für die sächsischen Bahnen die Kohlen lieferte.

— **Der Turnkreis Freistaat Sachsen** umfaßt nach der diesjährigen amtlichen Erhebung 1255 Turnvereine in 1055 Vereinsorten mit 119793 männlichen Vereinsangehörigen über 14 Jahre alt. Erwachsene zählt der der Kreis 103982, jugendliche Turner unter 17 Jahren 15811, Jugendliche im Alter von 17 bis 20 Jahren 12307. Die Turnerinnenabteilungen umfassen 9405 Mitglieder. Ueber die Zahl der seit dieser Zählung vom 1. Januar 1919 ausgetretenen Vereine kann erst nach der Zusammenstellung der Juliergebnisse berichtet werden.

— **Listen der heimkehrenden Kriegsgefangenen.** Um allen Angehörigen von Kriegsgefangenen behilflich zu sein, werden Listen der Heimkehrenden aufgestellt und gedruckt werden. Das Nachweisebureau des Ministeriums für Militärwesen, Dresden, Königstraße 13, gibt bereits erstmalig von Verlustliste Nr. 608 ab, die bereits am 21. Juli erschienen ist, als Anhang an die laufende Verlustliste, Listen über die aus der Gefangenschaft zurückgekehrten sächsischen Heeresangehörigen heraus. Die einzelnen Meldungen enthalten außer Familien- und Rufnamen, Dienstgrad, Truppenteil, Geburtstag und Ort noch den Tag und Ort der Gefangennahme, das letzte Gefangenenlager und die Adresse, unter welcher Briefe den Zurückgekehrten erreichen können. Der Zweck der Veröffentlichung ist, Angehörigen von zurzeit noch Vermißten Gelegenheit zu geben, sich persönlich oder brieflich mit am gleichen Tage und Orte in Gefangenschaft geratenen Regiments- bezw. Kompanie-Kameraden in Verbindung zu setzen, um aus deren Munde eventuell näheres über das Schicksal ihrer Angehörigen zu vernehmen. Es ist also jedem die Gelegenheit gegeben, selbst mitzuarbeiten an dem schwierigen Werke der Aufklärung über den Verbleib so manches Vermißten. Die Listen über die Zurückgekehrten können an den gleichen Stellen eingesehen werden, wie die Verlustlisten. Es wird aber Interessenten, vor allem den Gemeindebehörden empfohlen, auf das laufende, wie auch das nächste Quartal, die Verlustlisten der sächsischen Armee zu abonnieren. Die Bestellung hat durch das nächste Postamt zu geschehen und wird möglichst sofort erbeten. Der Bezugspreis beträgt pro Vierteljahr 1 Mk. 50 Pfg.

— **Die neuerschienenen Vermißtenlisten** der verschiedenen sächsischen Regimenter liegen zur Einsichtnahme in der Geschäftsstelle des Tageblattes aus.

— **Der Verkehr mit Kraftfahrzeugen.** Infolge der gegenwärtigen großen Betriebsstoffnot haben volkswirtschaftlich wichtige Betriebe bei der Verteilung der Betriebsstoffe völlig leer ausgehen müssen. Um zu verhüten, daß auch der Verkehr mit Personenkraftfahrzeugen lahmgelegt wird und schließlich für längere Zeit verboten werden muß, ist es erforderlich, nur solche Fahrzeuge zuzulassen, für deren Verkehr ein dringendes öffentliches Bedürfnis besteht. Es ist ferner die Wahrnehmung gemacht worden, daß Kraftfahrzeuge verkehren, die gemäß der Bundesratverordnung vom 25. Februar 1915 (RGBl. S. 113) nicht zugelassen oder deren Zulassungsbescheinigung gemäß den Reichsverordnungen vom 21. Februar dieses Jahres (RGBl. S. 245) und 31. März dieses Jahres (RGBl. S. 372) nicht erneuert worden sind. Derartige mißgräuchlich benutzte Kraftfahrzeuge beziehen die Betriebsstoffe vielfach im Wege des Schleichhandels. Die hohen Preise, die hierfür geboten werden, geben den Anreiz, die Betriebsstoffe dem ordnungsmäßigen Verbrauche zu entziehen. Diesen Mißständen muß mit aller Schärfe entgegengetreten werden. Den Polizeiorganen ist daher einzuschärfen, den Verkehr mit Kraftfahrzeugen mit allem Nachdruck daraufhin zu überwachen, ob die Fahrzeuge vorschriftsmäßig zugelassen sind. Gegenüber widerrechtlich verkehrenden Fahrzeugen ist nach § 8 der Bundesratsverordnung vom 25. Februar 1915 und § 7 der Reichsverordnung vom 21. Februar dieses Jahres zu verfahren.

— **Das Ende der Zigarette** wird von den Eingeweihten für Ende August vorausgesagt, da die Vorräte an orientalischem Tabak aufgebraucht und neue Zufuhren nicht zu erwarten sind. Ein Gutes wird das Ende haben, es wird auch der Schiebung und dem Wucher ein Ende machen, den die anständigen Zigarettenfabriken bisher vergeblich bekämpft haben.

— **Erfunden.** In einem Dresdner Blatte findet sich die Mitteilung, der vormalige König von Sachsen, Friedrich August, habe im November v. J. sich dahin geäußert: „Macht euern Dreck alleene" und habe sich neuerdings dahin ausgesprochen: „Ich kümmere mich den Quark mehr um deutsche Politik". Diese Nachricht ist, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, in allen ihren Teilen und mit allen ihren weiteren Ausschmückungen von Anfang bis zu Ende glatt erfunden. Niemals ist eine derartige oder dem nur irgendwie ähnliche Bemerkung gefallen. Die mit der Verbreitung derartiger Nachrichten verfolgte Absicht läßt sich leicht erkennen.

— **Cossebaude.** Wegen amtlicher Verfehlungen ist der hiesige Gemeinde-Registrator Lochmann aus seinem Amte entlassen und der Staatsanwaltschaft angezeigt worden. Von ihm sind nach den bisherigen Feststellungen gegen 4000 Mk. veruntreut worden. Wir werden nach endgültiger Klärung der Verhältnisse noch weiteres über die Angelegenheit mitteilen.

Der Prozeß gegen die Mörder des Kriegsministers Neuring.

Nach der Verlesung des Protokolls über die Leichenschau berichtete Dr. Kropp über seine Untersuchungen. Danach war die Schädeldecke sehr zertrümmert und wies eine Schußverletzung auf. Als Erster ward Zeuge Münch, ehemaliges Mitglied des Aktionsausschusses des Roten Soldatenrates, vernommen. Er sagte aus, daß wohl starke Erregung gegen Neuring vorhanden gewesen wäre, weil er öfters Mitglieder habe verhaften lassen, daß man ihn aber beiseite hätte schaffen wollen, davon hätte er nichts gehört. — Gewerkschaftssekretär Kluge sagte aus, daß er von Bekannten, die sich mit Mitgliedern der kommunistischen Partei unterhalten hätten, erfahren habe, es seien Ausdrücke gefallen, wie „Die jetzigen Machthaber müssen alle verschwinden, Neuring wird in 14 Tagen nicht mehr leben". Die Verteidigung erhob Einspruch gegen das Uebergreifen des Prozesses auf politisches Gebiet und stellte Anträge auf Hinzuziehung einiger Zeugen. Es kam indessen zu einem Vergleich, wonach jeder politische Gesichtspunkt ausgeschaltet werden soll. Nun folgte die Vernehmung des Zeugen Wolf, des Vertreters des Sanitätspersonals. Er schilderte die Vorgänge, die schließlich den Demonstrationszug veranlaßten und betonte, daß erst am 11. April der Beschluß hierzu gefaßt wurde. Der Zeuge Barneß sagte aus, daß die Menge sich wie Bestien benommen hätte. Er habe sich eine Person, die den letzten Schuß auf Neuring von den Elbwiesen aus abgegeben hätte, genau eingeprägt, könne sie aber auf der Anklagebank nicht feststellen. Hierauf ward der Sekretär Neurings, Herr Albert, vernommen. Er will schon beim Vorüberziehen des Demonstrationszuges Drohungen gehört haben. Minister Neuring sei sofort bereit gewesen, mit den Deputationen zu verhandeln; auch hätte er am Fenster nicht gelächelt, sondern im Gegenteil recht ernste Gespräche mit ihm gehabt. Die beiden geworfenen Handgranaten seien blinde gewesen und niemand sei davon verletzt worden. Er habe ferner gehört, daß Frenzel zu der Menge unter anderem gerufen habe: „Der Minister hat kein Interesse für euch!" Inzwischen hätten sich auch schon viele abenteuerliche Leute unter die Demonstranten gemischt. Sein Vorschlag, das Leben Neurings zu schützen, habe bei den anwesenden Offizieren und Beamten keinen Anklang gefunden, da es aussichtslos gewesen sei, sich der Menge entgegenzustellen. Durch eine Hintertür ins Freie zu gelangen, habe der Minister abgelehnt.

Am heutigen 2. Verhandlungstage wurde in der Zeugenvernehmung fortgefahren. Zunächst wird Rechtsanwalt Dr. Wilhelm vernommen. Dieser wurde am Mordtage gegen 2 Uhr vom Sekretär des Ministers, Albert, telephonisch angerufen mit den Worten: „Wir sitzen hier in der Mausefalle". Darauf hielt sich der Zeuge für verpflichtet, hinzugehen, zumal er die Wirkungen einer wütenden Masse auf Grund seiner Erfahrungen in Kürze fürchtete. Er fand eine 4000köpfige, aus Soldaten und Zivilisten bestehende Menge. Mit Infanterie- und Maschinengewehren wurde nach dem Blockhaus geschossen. Drei Maschinengewehre waren mit der Front nach dem Blockhaus aufgestellt. Die erschienenen Regierungstruppen erwiesen sich als untätig, teils ließen sie sich ohne weiteres entwaffnen. Zeuge ersuchte die Leute, doch das Feuer einzustellen, was auch schließlich geschah. Der Zeuge versuchte durch Klopfen am Portal sich Eingang in das Kriegsministerium zu verschaffen. Es wurde aber nicht geöffnet, anscheinend wurde innen das Klopfen gar nicht gehört. Durch das erfolglose Klopfen am Portal wurde die Stimmung der Menge immer erregter. Die Wut der Leute stieg in das Ungemessene. Die Menge schlug die Fenster ein und einzelne, die sich dazu berufen fühlten, drangen in das Innere ein und öffneten das Portal. Der Zeuge ging nun auch hinein, um eine Katastrophe zu vermeiden. Als die Eindringenden den Minister fanden, versuchte ihnen dieser den Rechtsstandpunkt klarzumachen, ein Beginnen, das ganz zwecklos war, da die Leute gar nicht darauf hörten. Der Minister zog sich darauf in ein kleines Zimmer zurück, um zu verhandeln. Aber auch dazu kam es nicht, da dem Minister gesagt wurde, wenn er noch etwas erreichen wolle, müsse er zur Menge heruntergehen. Der Minister erklärte sich dazu bereit, trotz Warnung des Zeugen. Beim Heruntergehen wurde der Minister umringt und geschoben. Auf der Brücke setzte ein tolles Daraufschlagen auf den Minister ein. Das Hineinwerfen des Ministers in die Elbe hat der Zeuge nicht gesehen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er einen der Angeklagten bei den tätlichen Vorgängen gesehen hat, antwortete der Zeuge mit „nein". Die Verhandlung dauert fort.

Kirchennachrichten

für Donnerstag, den 24. Juli.

Sora.

Um 8 Uhr Betstunde zum Schluß des 5. Kriegsjahres mit Abendmahl, besonders für die Krieger und ihre Angehörigen. Anmeldungen erbeten.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer i. R. Gärtner, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

Städtische Sparkasse Wilsdruff.

Rathaus, 1. Obergeschoß. — Geschäftszeit: 8—1 und 1/2 3—4, Sonnabends nur 8—1 Uhr.
Fernspr. Nr. 1 u. 9. — Geschäftsstelle der Stadtgirokasse Wilsdruff. — Postscheckkonto Leipzig 20080.

Annahme von Spareinlagen bei 3 1/2 % Verzinsung. Ueberweisungsverkehr. — Aufbewahrung und Verwaltung mündelsicherer Werte. — Ausstellung gesperrter Sparbücher. — Gewährung von Hypotheken und Lombarddarlehen. — Annahme von Schecks u. fälligen Zinsscheinen. — Uebertragbarkeitsverkehr. 4917

Für die unendlichen Beweise der Liebe und Teilnahme, den überaus reichen und herrlichen Blumenschmuck sowie das ehrende Geleit zur letzten Ruhestätte beim Heimgange unsers lieben Gatten und Vaters

des Privatus

Karl Eduard Schumann

sprechen wir nur hierdurch allen unsern

tiefgefühltesten und herzlichsten Dank

aus. Besonderen Dank noch Herrn Pastor Lange für seine trostreichen Worte am Grabe und Herrn Lehrer Köhler für den herrlichen Gesang, sowie der Prinzessin Reuß, dem Kirchenvorstande, der Kirchgemeinde und den lieben Nachbarn und Bekannten.

Klipphausen, im Juli 1919.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

4914

Schützenhaus Wilsdruff.

Donnerstag den 24. Juli

Grosses Konzert

der gesamten Stadtkapelle.

Ausgewähltes Programm.

Anfang 7 Uhr. Eintritt 1.20 Mk.

Nachdem feiner Ball.

Hierzu laden freundlichst ein

4919 **R. Rentzsch. E. Römisch.**

Gasthof Neukirchen.

Heute Donnerstag den 24. Juli

Gross. Extrakonzert mit Ball.

Anfang 1/2 8 Uhr. 4922

Hierzu ladet freundlichst ein **Otto Kretzschmar.**

Deutscher Landarbeiter-Verband

Bezirksleitung Meißen.

Wir laden unsere Mitglieder zu einer am **Sonntag den 27. Juli** mittags 1 Uhr in **Meißen** im großen Saale des Kaisergartens (am Bahnhof) stattfindenden großen

Bezirks-Versammlung

ein. **Es gilt zu protestieren gegen das Nichteinhalten des Tarifs von seiten der Arbeitgeber!** Nichtmitglieder haben keinen Zutritt. Ausweis: Karte oder Buch. Berichterstatter, Behörden und sonstige Interessenten müssen Ausweis vom Unterzeichneten einfordern.

Es fehle kein Mitglied in dieser Versammlung!

Der Bezirksleiter.

4921 Schulze.

Ich kaufe auch in diesem Erntejahre

Getreide, sämtliche Oel- und Hülsenfrüchte, Heu und Stroh

und bitte um Lieferungen.

Füllsäcke können abgeholt oder bestellt werden. 4855

Louis Seidel, Wilsdruff

Fernsprecher Nr. 10.

Oswald Mensch Nachf.

Inh.: Mensch & Siering.

Rossschlächterei, Speisewirtschaft u. Pferdegeschäft

Potschappel.

Fernsprecher Amt Deuben Nr. 736. 4445

Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Verfügung.

Am 17. Juli verschied nach kurzem, aber schweren Leiden

Herr Karl Eduard Schumann

Wirtschaftsbesitzer in Klipphausen.

Er war seit 1886 Mitglied unseres Kirchenvorstandes und hat ihm in steter Treue seine Dienste geweiht. Wir gedenken unseres stellvertretenden Vorsitzenden in herzlicher Dankbarkeit. Er ruhe in Frieden und das ewige Licht leuchte ihm!

Der Kirchenvorstand zu Röhrsdorf.

4923

Zurückgekehrt vom Grabe meiner geliebten Tochter und Schwester, meiner viel zu früh dahingeschiedenen treuen Gattin, unserer unvergeßlichen Mutter, Schwiegermutter und Tante,

Frau Ida Lina Busch

geb. Schröder

ist es unser Herzensbedürfnis, allen lieben Verwandten, Freunden, Nachbarn und Bekannten, die unseren Schmerz durch wohltuende Teilnahme in Wort, Schrift, herrlichen Blumenschmuck und zahlreiches Geleit zur letzten Ruhestätte zu lindern suchten, den

herzlichsten Dank

auszusprechen. Besonderen Dank auch unserem Herrn Pfarrer Wolke für die trostreichen Worte am Grabe.

Dir aber, geliebte Entschlafene, rufen wir ein „Habe Dank!" und „Ruhe sanft!" in Dein frühes Grab nach.

Wilsdruff, am 23. Juli 1919.

In tiefstem Schmerze

4929 **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Unsere

Hauptversammlung

findet nächsten **Freitag** den 25. d. M. abends **8** Uhr im Vereinslokal statt.

Tagesordnung:
Jahres- und Kassenbericht.
Erhöhung der Mitglieds-Beiträge.
Verschiedenes.

Um zahlr. Besuch bittet

4930 **Der Vorstand.**

Neue preiswerte

Waschstoffe

zu Kleidern und Blusen sind angekommen, darunter befinden sich

weiße und bunte

Schleierstoffe

Batiste

Waschmusselin

bedruckt

Leinen usw.

Emil Glathe,
Wilsdruff. 4934

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 11 Uhr vormittags aufzugeben.

Zur Anmeldung von

Nährmittelkarten, Lebensmittelkarten und Einfuhrzusatzkarten

auch von **auswärts,** empfiehlt sich

4905 **Alfred Pietzsch.**

Unverwüstliche

Waschjoppen und -Hosen

alle Größen für Männer, Burschen, Knaben

Leibchenhosen

aus Zeltbahnstoff

Eduard Wehner

4932

Herren-Borkalf-Stiefel

Preis Mk. 56.75

eingetroffen. 4924

Bernhard Walther,
Potschappel,
Tharandter Straße 26.

Gesucht wird

junger Mann,

der mit Pferden umgehen kann, für Baumschule. 4927

Stadtgut Vorwerk.

Saubere Frau

wird für Sonnabends zur **Aufwartung** gesucht.

Wo? sagt die Geschäftsstelle d. Bl. unter **4928.**

Taschenfahrplan

der Strecken Wilsdruff—Dresden, Wilsdruff—Nossen und Wilsdruff—Meißen. Stück 15 Pfennige.

Tageblatt.

Suche zum sofortigen Antritt ein freundliches, ehrliches

Mädchen

zum Gästebedienen und für Hausarbeit. 4904

Gasthaus Landberg bei Herzogswalde.

Suche für sofort oder später ein im Kochen erfahrenes, sauberes 4929

Hausmädchen.

Frau R. Hensel,
Amtsblattdruckerei **Nossen.**

Für **Fleischerei-Haushalt** wird ein tüchtiges

Mädchen

vom Lande bei hohem Lohn gesucht. 4930

Mit Zeugnissen vorzustellen bei **Tamm, Dresden-A.,** Maxstraße 4.

Drucksachen all. Art

liefert sauber und preiswert **die Buchdruckerei d. Bl.**

Besonders preiswert!

Ein Posten **schöner**

Voile

hell und dunkel, 120 cm breit, Meter 18 Mark

Eduard Wehner

4931

Werk

Einkochapparate, Einkochgläser

nebst sämtl. Zubehörteilen empfiehlt 4910

Paul Schmidt.

Dresdner Straße 94
Ecke Rosenstraße.
Fernsprecher 484.

Ganz umsonst

erhalten Sie ein Probeheft des vorzüglichen „Buch" Romans", wenn Sie es bei uns oder unseren Trägern verlangen. — Sie werden sehen, daß Sie sich daraus auf ganz billige Weise

eine wertvolle Bücherei

anlegen können, wenn Sie jede Woche 15 Pfennig dafür ausgeben. — Nähere Auskunft bereitwilligst durch die Austräger oder durch die Geschäftsstelle ds. Bl.

Für sofort wird ein 14- bis 16jähriges

Mädchen

als **Aufwartung** von 5 bis 1/2 8 Uhr abends zu einzelnem Herrn gesucht.

Wo? sagt die Geschäftsstelle d. Bl. unter **4918.**

Kontoristin

gewissenhafte Arbeiterin, zum baldigen Antritt gesucht.

Bewerbungen unter **4915** an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Verloren wurde am Montag abend kurz vor Station Kesselsdorf vom 11-Uhr-Zug

Herren-Strohhut.

Gegen Belohnung abzugeben bei **Walter Herrusdorf,** 4912 **Unkersdorf.**

Kleiderschrank, oval. Tisch, Vertiko, Anzug, mittl. Gr., und 1 Paar lederne 4913 **Arbeitsschuhe**

wegen Abreise **zu verkaufen. Winkler, Zaucherode 25.**

Blau Leinen

zu Männerschürzen und Maschinenanzügen

Manchester

zu Kinderanzügen preiswert bei

Emil Glathe.

4937

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF